

Das SPD-Wahlprogramm

Die großen Lebensfragen unseres Volkes bleiben ohne Antwort

Der am 18. März in Bonn vorgestellte Entwurf des SPD-Vorstands für das Wahlprogramm zur Bundestagswahl ist insgesamt so schwungvoll und zukunftsweisend wie ein Behördenerlaß. Er trägt von vorne bis hinten die Handschrift des stellvertretenden Parteivorsitzenden Schmidt. Die SPD will den Herausforderungen der Zukunft mit einer Mischung aus unberechtigter Selbstzufriedenheit und Krisenmanagement begegnen. Sie zieht eine Bilanz ihrer zehnjährigen Regierungstätigkeit, die in krassem Gegensatz zur Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland steht: In der Regierungszeit der SPD ist der Frieden unsicherer geworden, das System der sozialen Sicherheit ist gefährdet, wichtige Zukunftsinvestitionen sind unterblieben.

So ist es kaum noch verwunderlich, daß in dem SPD-Programm die drei großen Lebensfragen — Sicherung des Friedens in Freiheit, Gewährleistung der wirtschaftlichen und sozialen Zukunft, Verwirklichung des Fortschritts mit menschlichem Gesicht — unbeantwortet bleiben.

Henning Scheerf, Bremer Finanzsenator und innerparteilicher Kritiker des Bundeskanzlers, muß schon an dieses Wahlprogramm gedacht haben, als er es auf dem Berliner SPD-Parteitag im Dezember 1979 als Mißverständnis bezeichnete, „wenn wir uns, während die CDU die Zukunft zu bewältigen sucht, allein und ausschließlich als die Sicherheitspartei der 80er Jahre mit Regierungsmannschaft im Freizeit-Look darstellen“. Darsteller hat die SPD zu Hauf; woran es fehlt, sind einvernehmlich getragene Zukunftsperspektiven, — das SPD-Wahlprogramm beweist es wieder einmal augenfällig. Wenn man sich in Erinnerung ruft, was die SPD im Orientierungsrahmen '85, im Europa-Wahlprogramm 1979 und auf ihrem Berliner Parteitag beschlossen hat, muß man zunächst abwarten, ob der Programmentwurf den Wahlparteitag am 9./10. Juni ohne sozialistische Korrekturen überstehen wird. Wie auch immer: der Entwurf versteckt zwar die sozialistische Programmsubstanz der SPD, doch wird er allein dadurch noch nicht gut.

Der Frieden ist unsicherer geworden

Der außen- und sicherheitspolitische Teil des Programmentwurfs entstellt die tatsächliche Lage und klammert Probleme aus, wo es politisch opportun erscheint. Die sowjetische Invasion in Afghanistan wird lediglich erwähnt, jedoch nicht verurteilt. Die Formulierung „Europa bleibt davon nicht unberührt“ kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade führende Sozialdemokraten darüber debattieren, ob Entspannung teilbar sei oder nicht.

So ist es kaum verwunderlich, daß der SPD-Entwurf mit keinem Wort auf die derzeitige militärische Situation in Europa und auf die Bedrohung eingeht, die von der sowjetischen Übermacht im konventionellen Bereich und im eurostrategischen Waffenbereich ausgeht.

Die SPD verschweigt außerdem in ihrem Programmentwurf, daß gerade in der Zeit ihrer sogenannten „Entspannungspolitik“ die Sowjetunion gewaltige Anstrengungen unternommen hat, um ein militärisches Übergewicht zu erlangen. Trotz Ost-Verträgen, KSZE- und Abrüstungsverhandlungen hat sich die Sowjetunion ein Militärpotential aufgebaut, das weit über die Notwendigkeit der Landesverteidigung hinausgeht, selbst wenn Herbert Wehner vom „defensiven Charakter“ der Warschauer-Pakt-Streitkräfte überzeugt ist.

Das Ausklammern der anhaltenden Bedrohung durch die aggressive Zielsetzung sowjetischer Außenpolitik ist ein weiteres Indiz für den Versuch der SPD, unangenehme Tatbestände zu verharmlosen oder gar völlig zu verschweigen. Dies ist schon deshalb besorgniserregend, da im Ausland immer wieder Vermutungen über mögliche Neutralisierungsabsichten sozialdemokratischer Spitzenpolitiker auftauchen. Solche Gerüchte müssen zwangsläufig durch eine Politik der Beschwichtigung und Anpassung, die sich als roter Faden durch das gesamte Kapitel zieht, neue Nahrung erhalten.

So verfälscht der SPD-Entwurf den NATO-Doppelbeschluß über die Wiederherstellung der Abschreckungsfähigkeit des westlichen Bündnisses im Mittelstreckenbereich und über Ost-West-Verhandlungen zur Herstellung eines gegenseitig ausgewogenen Mittelstrecken-Potentials auf niedrigerem Niveau, wenn er von einem Vorrang des Verhandlungsangebotes ausgeht. Damit gefährdet die SPD nicht nur die militärpolitischen Voraussetzungen zur Sicherung des Friedens und der Nichterpressbarkeit Westeuropas, sondern auch die Chancen für notwendige Ost-West-Verhandlungen, mit denen die Last der Militärausgaben gemindert und die Waffenarsenale verkleinert werden sollen. Die SPD hängt offensichtlich weiterhin der trügerischen Illusion nach, man könne mit der Sowjetunion ohne gleichgewichtige eigene militärische Stärke über Rüstungsbegrenzungen erfolgreich verhandeln. Die geschichtlichen Erfahrungen der letzten Jahrzehnte widersprechen augenfällig einer solchen illusionären Annahme.

Die SPD wagt es offenbar nicht mehr, die wahren Ursachen für Rüstung und Spannung beim Namen zu nennen, nämlich das expansive Sicherheitskonzept und den weltrevolutionären Führungsanspruch der Sowjetunion.

In dem Abschnitt über „aktive Friedenspolitik“ ist davon die Rede, daß der Friede in Europa sicherer geworden sei; dies wird als Erfolg sozialdemokratischer Außenpolitik ausgegeben. Richtig ist jedoch, daß es in Europa keine Ausweitung des sowjetischen Machtbereiches mehr gegeben hat, seitdem 1949 die NATO gegründet wurde. Unsere Sicherheit beruht also nicht auf irgendwelchen Gewaltverzichts-Versprechen sowjetischer Führer, sondern auf der Abschreckungsfähigkeit des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses. Nur solange dieses Bündnis intakt bleibt, kann der Friede in Europa sicher sein.

Die SPD hat bei ihrem Regierungsantritt 1969 einen außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsel eingeleitet; sie fragt zu wenig, was unsere Sicherheitsinteressen fordern, sie fragt zuviel, was der Sowjetunion genehm sein könnte. Die SPD hat den Grundsatz vernachlässigt, daß Frieden nur gewährleistet sein kann, wenn militärisches Gleichgewicht gegeben ist. Die in den vergangenen 10 Jahren zum Nachteil des Westens veränderte militärische Lage in Europa ist auch das Ergebnis dieser illusionären Politik, die den Schwerpunkt von der Sicherheits- auf die Entspannungspolitik verlagert hat.

■ Die CDU wird dafür sorgen, daß unsere Verteidigungsmaßnahmen mit der Bedrohung durch den Warschauer Pakt Schritt halten und daß die Nato-Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland ohne Abstriche erfüllt werden. Die CDU tritt für Gewaltverzicht und Abrüstungsvereinbarungen ein, die ein ausgewogenes militärisches Gleichgewicht auf allen Ebenen herstellen und erhalten. Dazu brauchen wir eine funktionsfähige Bundeswehr, die ihren Auftrag der Abschreckung und Verteidigung erfüllen kann. Dazu müssen Bildung und Ausbildung der Soldaten, aber auch ihre soziale Lage verbessert und, wo es notwendig ist, neue Beförderungschancen eröffnet werden. Die CDU wird bei der jungen Generation für die allgemeine Wehrpflicht als eine demokratische Grundpflicht werben; es ist bezeichnend, daß die SPD in ihrem Programmentwurf kein einziges Wort zur Wehrpflicht und zur Neuregelung der Wehrdienstverweigerung verliert. Der CDU geht es darum, bei voller Wahrung der Gewissensfreiheit Verfahren anzuwenden, bei denen die Wehrgerechtigkeit gesichert ist.

Deutschlandpolitik findet nicht mehr statt

Die deutschlandpolitischen Aussagen des SPD-Entwurfs entsprechen allenfalls dem jetzigen Zustand des Innerdeutschen Ministeriums, nicht jedoch der Lage der geteilten Nation. Sie haben lediglich Alibifunktion; Deutschlandpolitik findet offenbar nicht mehr statt. An ihre Stelle tritt der vergebliche Versuch, fehlgeschlagene Entspannungssillusionen unter Denkmalschutz zu stellen. So werden zwar unbestrittene Verbesserungen im innerdeutschen Verkehr angeführt, verschwiegen wird dagegen die Vielzahl von Vertragsverstößen und Unrechtstaten der DDR — von der Ausweisung mißliebiger Journalisten über Verstöße gegen das Viermächteabkommen durch die Direktwahl der Ostberliner Abgeordneten für die sogenannte Volkskammer der DDR bis zu den fatalen Folgen des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze.

In den vergangenen 10 Jahren hat die Bundesregierung 8 Mrd DM an Ostberlin gezahlt, ohne daß die DDR-Führung sich deshalb kooperativer oder menschlicher gezeigt hätte.

Die Politik der Bundesregierung, immer mehr Geld für immer mehr Gegenleistung aufzuwenden, hat sich nicht ausgezahlt. Im Gegenteil: Die DDR wird mit ihren Forderungen immer dreister und verlangt inzwischen für geringe Leistungen horrenden Beträge. Die SPD ist augenscheinlich nicht bereit, diese Mißstände zu ändern.

- **Die CDU fordert eine Deutschlandpolitik mit langem Atem. Es darf nicht dahin kommen, daß Mauer und Stacheldraht völkerrechtlich sanktioniert und im Bewußtsein der Deutschen zur Normalität werden. Die CDU will Verhandlungen und Vereinbarungen, die das Leben im geteilten Deutschland erleichtern und Kontakte fördern, die den Menschenrechten Geltung verschaffen und die Fundamente künftiger Einheit festigen sollen. Die CDU tritt dafür ein, daß Unrechtshandlungen und Vertragsverletzungen der DDR angemessen und wirkungsvoll mit einem Katalog flexibler Maßnahmen begegnet wird.**

Finanzpolitik zu Lasten der Zukunft

Der SPD-Programmentwurf behauptet: „Sozialdemokraten sind für eine Politik der Stabilität . . . Sie gewährleisten eine solide Staatsfinanzierung, . . .“ Die Wirklichkeit sieht jedoch völlig anders aus. Die Gesamtverschuldung des Bundes hat sich von 47 Mrd DM im Jahre 1970 auf 204 Mrd DM im Jahre 1979 erhöht und damit fast verfünffacht. 1979 war das erste Jahr, in dem der Schuldendienst (Zinsen und Tilgungen) höher war, als die Nettokreditaufnahme. Bereits 1983 wird die Nettokreditaufnahme nicht mehr ausreichen, um allein die Zinsen zu bezahlen.

Bei einem derartig rasanten Anstieg der Staatsverschuldung noch von „Solidarität der öffentlichen Finanzen“ zu reden, beweist, daß die SPD den drängenden finanzpolitischen Aufgaben nicht gewachsen ist.

- **Die CDU wird diese andauernde Zunahme der Neuverschuldung stoppen. Sie wird in Zukunft die Staatsausgaben wieder weniger durch Staatsdefizite finanzieren und dafür sorgen, daß die öffentlichen Haushalte wieder geringer wachsen als das Bruttosozialprodukt. Es geht um eine völlige Neuorientierung der Finanzpolitik, deren Ziel es sein muß, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft zu fördern und den Staatsanteil wieder auf ein vertretbares Maß zurückzuführen. Denn geordnete öffentliche Finanzen sind eine wesentliche Voraussetzung für Vertrauen und dauerhaftes Wachstum.**

Arbeitslosigkeit darf nicht verharmlost werden

Die Zahl der Arbeitslosen hat im Januar 1980 wieder deutlich die Millionengrenze überschritten, und nach den letzten Meldungen der Bundesanstalt für Arbeit steht leider zu befürchten, daß 1980 das 6. Jahr sein wird, in dem bei uns eine Million Menschen arbeitslos sind. Angesichts dieser Entwicklung ist es blanker Hohn, wenn die SPD in ihrem Wahlprogramm ihre „Erfolge in der Beschäftigungspolitik“ rühmt. Die Zukunfts-

sicherung der Arbeitsplätze vollzieht sich für die SPD einzig und allein in der Fortsetzung ihrer „aktiven Arbeitsmarktpolitik“. Die Ergebnisse dieser sogenannten aktiven Arbeitsmarktpolitik stehen jedoch in eklatantem Widerspruch zu den Versprechungen der SPD: Die hohe Arbeitslosigkeit hat sich in den letzten Jahren verfestigt; gleichzeitig entwickelten sich immer mehr und größere Problemgruppen des Arbeitsmarktes. Sie machen einen wachsenden Anteil unter den Arbeitslosen aus und gleichzeitig nimmt die Dauer ihrer Arbeitslosigkeit zu.

Zu all diesen Problemen schweigt der Programmentwurf. Die SPD versucht, sich ihrer „entscheidenden Fortschritte“ in der Wettbewerbspolitik und ihrer Leistungen für den Mittelstand zu rühmen. Tatsache ist jedoch, daß die Zahl der Selbständigen seit 1970 ständig zurückgegangen ist. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Insolvenzen von 1970 - 1977 mehr als verdoppelt, wofür neben einer schlechten Wirtschaftspolitik auch die unternehmerfeindliche Ideologie der SPD verantwortlich zu machen ist. Auch in der Wettbewerbspolitik hat die SPD versagt; sie hat es nicht vermocht, den andauernden Konzentrationsprozeß zu stoppen und den Marktzugang für neue Unternehmen wirkungsvoll offenzuhalten.

- **Die CDU dagegen findet sich mit der Arbeitslosigkeit nicht ab. Sie hat ausführliche und konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gemacht. Den arbeitslosen Bürgern wieder Arbeit zu geben, ist nach wie vor eine innenpolitische Aufgabe ersten Ranges. Voraussetzung dafür ist vor allem ein stetiges und ausgewogenes Wachstum unserer Wirtschaft.**

Energiepolitik von der Hand in den Mund

In ihrem Programmentwurf verlangt die SPD u. a., daß die seit Beginn der 70er Jahre betriebene Politik „weg vom Öl“ fortgesetzt und die alternativen Energien verstärkt gefördert werden müßten. Richtig ist jedoch, daß die SPD-geführte Bundesregierung in beiden Punkten keine konkreten Erfolge erzielen konnte. Nach wie vor liegt der Mineralölanteil bei über 50 % des Energieverbrauchs; weit über 90 % des Mineralöls müssen importiert werden. Auch die Entwicklung alternativer Energien wird nicht im nötigen Umfang gefördert: dies macht auch ein internationaler Vergleich deutlich, in dem die Bundesrepublik Deutschland schlecht abschneidet.

In der Frage der friedlichen Nutzung der Kernenergie verlängert der Programmentwurf die energiepolitische Handlungsunfähigkeit der SPD, die schon auf dem Berliner Parteitag im Dezember letzten Jahres offen zutage getreten war. Wiederum will sich die SPD die Option für und gegen eine friedliche Nutzung der Kernenergie offenhalten.

Die SPD bleibt auch in diesem Programmentwurf eine umfassende Aussage zum Umweltschutz schuldig. Sie verschweigt, daß durch ihre Konzeptionslosigkeit sowie durch wuchernden Bürokratismus und politische Interventionen vor allem mittelständische Unternehmen verunsichert werden; dadurch sind umweltpolitische Innovationen allzu lange blockiert worden.

- Die CDU hat dagegen seit Jahren geschlossen und zuverlässig eine verantwortungsbe-
wußte Energiepolitik vertreten. Darüber hinaus hat sie am 10. Dezember 1979 als erste
deutsche Partei ein umfassendes Umweltpolitisches Programm vorgelegt.

Das Energiepolitische Programm der CDU vom November 1977 ist 1980 so richtig, so
aktuell und so schlüssig wie damals. Es sieht Energieprobleme nicht isoliert, es schlägt
eine Brücke zwischen den Erfordernissen der Energie- und Umweltpolitik und berück-
sichtigt auch die Fragen des Wirtschaftswachstums, der Sicherung der Arbeitsplätze
und unserer sozialen Verpflichtungen, nicht zuletzt auch gegenüber den Ländern der
Dritten Welt.

Die Familie wird benachteiligt

Die Aussagen zur Familienpolitik bestehen größtenteils aus einem Lobgesang auf die
vermeintlichen familienpolitischen Erfolge der SPD. Der Entwurf enthält jedoch keine
Aussage, wie die gravierende Benachteiligung der Familien mit Kindern beseitigt werden
soll. Lediglich den erwerbstätigen Müttern und Vätern verspricht die SPD konkrete Hil-
fen durch einen unbezahlten Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie, Verkürzung der täg-
lichen Arbeitszeit in den ersten drei Lebensjahren des Kindes sowie eine Verbesserung
der Freistellung zur Pflege kranker Kinder.

Diese Politik entspricht den gesellschaftspolitischen Vorstellungen der SPD, nach denen
allein die Erwerbstätigkeit der Frau zu fördern sei. Zur Lösung der Probleme der Fami-
lien will die SPD keinen Beitrag leisten. Dies unterstreicht, daß die SPD im Gegensatz zu
ihren wortreichen Beteuerungen der Förderung der Familie keine gesellschaftspolitische
Priorität beimißt.

- Für die CDU dagegen gehört Familienpolitik zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen
Zukunftsaufgaben. Die CDU fordert deshalb im Gegensatz zur SPD ganz konkrete
Hilfen für die Familien:

- Die Einführung eines Familiengeldes bzw. Erziehungsgeldes,
- Die Beseitigung der Benachteiligung der nichterwerbstätigen Mütter beim Mutter-
schaftsurlaubsgeld,
- Die Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen,
- Die Anpassung des Kindergeldes an die Einkommens- und Kaufkraftentwicklung,
- Erziehungszeiten im Rentenrecht,
- Konkrete Maßnahmen zu einer familienfreundlichen Städteplanung und Woh-
nungsbauförderung,
- Ein wirkungsvolles Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens.

Die SPD vernachlässigt die Rentner

Mit keinem Wort erwähnt der SPD-Entwurf die Bedrohung des Generationenvertrags —
eine der größten innenpolitischen Herausforderungen der Gegenwart. Schon in näher

Zukunft ist der Generationenvertrag in Gefahr, weil er als Folge des Geburtenrückgangs zugunsten der nach uns kommenden Generation nicht mehr erfüllt wird. Die gegenwärtige Generation lebt bereits auf Kosten der künftigen. Die Politik hat das Gleichgewicht zwischen den Ansprüchen der Gegenwart und den Erfordernissen der Zukunft verloren. Über Jahre hinweg wird nun schon eine eindimensionale Politik betrieben: Die Dimension Gegenwart wurde berücksichtigt, die Dimension Zukunft vernachlässigt. Die SPD will mit ihren Forderungen zur Reform der Rentenversicherung bei einem jährlichen Kostenaufwand von 24 - 36 Mrd DM allenfalls 2 Mrd DM als Beitrag zur Sicherung des Generationenvertrages einsetzen. Dies ist ein unerträgliches Mißverhältnis zu Lasten der Zukunft.

Mehr als enttäuschend ist die Antwort der SPD auf die Kernaufgabe der Rentenreform 1984, die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Rentenrecht. Leitbild ist und bleibt für die SPD die außerhalb der Familie erwerbstätige Frau. Den Müttern will die SPD bei der Rente lediglich ein einziges Jahr anrechnen; damit kann jedoch ein eigenständiger Rentenanspruch nicht aufgebaut werden. Die Aufgabe, Mütterarbeit und Erwerbsarbeit sozialversicherungsrechtlich gleichzustellen, ist von der SPD noch nicht einmal im Ansatz gelöst: Geburt und Erziehung eines Kindes gelten für die SPD als Unterbrechung der Erwerbstätigkeit, die dafür notwendige Zeit wird als „Betriebsurlaub“ angesehen.

Dem entschiedenen Widerstand der CDU gegen die bekanntgewordenen Pläne der SPD ist es offensichtlich zu verdanken, daß der Programmwurf nun auf die Einführung einer Mindestrente verzichtet. Dies bedeutet aber keineswegs, daß die SPD von ihren Plänen zur Einführung einer Einheitsrente endgültig Abschied genommen hätte. Alle rentenpolitischen Vorstöße der SPD seit Beginn der 50er Jahre weisen in diese Richtung.

Mehr als kühn ist die Behauptung des Programmwurfs, die Finanzen der Rentenversicherung seien gesund, dafür habe „die SPD trotz der weltweiten Wirtschaftskrise gesorgt“. Hier wird schlicht verschwiegen, daß die Konsolidierung der Finanzen der Rentenversicherung auf dem Rücken der Rentner ausgetragen worden ist:

- 1979 wurden die Renten nur um 4,5 % erhöht; ohne die Eingriffe durch das 21. Rentenanpassungsgesetz wäre die Anpassung im Jahre 1979 um gut ein Drittel höher ausgefallen.
- Für 1980 und 1981 betragen die Rentenerhöhungen 4 %; bei den wiederauflebenden Inflationstendenzen bedeutet das einen realen Kaufkraftverlust für die Rentner.
- Die Bruttolohnbezogenheit der Neurenten wird bis 1981 ausgesetzt.

■ Die CDU hält entschieden an der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente fest: Der Bruttolohn ist der einzig klare Maßstab der Rentenfestsetzung und Rentenanpassung. Dieser Maßstab ist eindeutig berechenbar; die Bruttolohn-Rente schafft Verlässlichkeit und Sicherheit. Vertrauen in die gesetzliche Rentenversicherung aber ist eine unabdingbare Voraussetzung für die Stabilität unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung.

Die bruttolohnbezogene Rente ist Ausdruck persönlicher Leistung. Die CDU lehnt die Einheitsrente ab, weil sie den Zusammenhang von leistungsbezogenem Beitrag und Rente in der Rentenversicherung zerstört. Die CDU wird durch eine wachstums- und umweltfreundliche Wirtschaftspolitik für eine dauerhafte Verbesserung der Finanzgrundlagen der Rentenversicherung sorgen. Sie wird durch eine bessere Familienpolitik und eine verlässliche Rentenpolitik den Generationenvertrag sichern: denn Familien- und Rentenpolitik stehen in einem unauflöslichen Zusammenhang.